

Eckpunkte für erste Maßnahmen zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung

Kabinettsbeschluss vom 21. April 2010

Bürokratieabbau ist eines der zentralen Politikziele der Bundesregierung: viele Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung können abgebaut werden ohne die Wirksamkeit gesetzlicher Regelungen einzuschränken. Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung werden durch die im Folgenden dargestellten ersten Projekte umfassend von Bearbeitungs-, Warte- und Wegezeiten entlastet.

1. Bürokratieabbau und mehr Bürgernähe in der Fahrzeugzulassung

Die Bundesregierung verstärkt in diesem Bereich konsequent den Abbau von Bürokratie, die Optimierung der „Massenprozesse“ und den Einsatz moderner Kommunikationstechnologien. Dabei sind Verkehrssicherheit, Missbrauchsvermeidung, Kosten/Nutzenverhältnis und Bürgerfreundlichkeit sowie Kosteneffizienz in der Wirtschaft als Einheit zu sehen.

Noch in diesem Jahr wollen wir die Verringerung von doppelten Meldepflichten und die Einführung von Wechselkennzeichen, mit denen 2 Fahrzeuge (z. B. ein „normaler“ Pkw und ein Elektro- bzw. besonders schadstoffarmer Pkw) mit dem gleichen Kennzeichen und günstigerer Versicherung betrieben werden können umsetzen.

Darüber hinaus prüfen wir die Einführung eines Versicherungs-Kurzzeitkennzeichens, das nicht durch die Behörde, sondern durch den Versicherer mit einer Gültigkeit von bis zu 5 Tagen ausgegeben wird. Damit können künftig Fahrzeuge unabhängig von Behördenöffnungszeiten etc.kurzfristig und versichert genutzt werden.

Die Bundesregierung wird die Pilotprojekte im Rahmen von Deutschland-Online, die insbesondere auch regionale Möglichkeiten der Verwaltungsvereinfachung aufgreifen (z. B. die Zusammenarbeit mit Gemeindeämtern und Meldebehörden), sowie auch die Antragstellung per Internet ermöglichen, gemeinsam mit den Ländern zügig auswerten und mit der Umsetzung erster Schritte beginnen.

2. Vereinfachung der sicheren elektronischen Kommunikation

E-Mails sind zu einem Massenkommunikationsmittel geworden, das privat ebenso selbstverständlich genutzt wird wie in der Kommunikation mit Behörden und Geschäftspartnern. Um die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz der elektronischen Kommunikation auszubauen, ist eine zuverlässige und geschützte Infrastruktur notwendig, die die Vorteile - insbesondere die einfache Nutzung - der E-Mail mit Sicherheit und Datenschutz verbindet. Mit den De-Mail-Diensten wird bis Ende 2010 eine Plattform bereitgestellt, mit der der Versand bzw. der Empfang von De-Mails nachgewiesen und die Identität der Kommunikationspartner gesichert werden kann.

3. Verwaltungsmodernisierung

Die Bundesregierung wird bis Juli 2010 ein Programm zur Modernisierung der Bundesverwaltung "Vernetzte und transparente Verwaltung" beschließen. Die Verwaltung soll effizienter und bürgernäher werden sowie dem demographischen Wandel, der Globalisierung und der zunehmenden Digitalisierung des Alltags wirksam

begegnen. Maßnahmen werden unter anderem sein: der Ausbau von Dienstleistungszentren der Bundesverwaltung, Personal- und Führungskräfteentwicklung, Gesundheitsförderung und die kontinuierliche Modernisierung der Informations- und Kommunikationstechnik durch den weiteren Ausbau des E-Government-Angebotes des Bundes.

Als eines der Projekte macht die Bundesregierung zudem in einem ersten Schritt bis Ende 2010 Informationen zu allen Service- und Sonderrufnummern des Bundes unter der einheitlichen Behördenrufnummer 115 zugänglich.

4. Vereinfachungen im Bereich des BAföG

In der 23. BAföG-Novelle ist unter anderem eine Pauschalierung des Mietzuschusses geregelt. Damit werden Antragstellern und Behörden umfassende Nachweis- und Prüfpflichten erspart, die bislang einzuhalten waren, obwohl nahezu allen nicht bei den Eltern wohnenden Studierenden der volle Mietzuschuss bewilligt wird.

5. Novelle der StVO

Der verpflichtende Austausch älterer Verkehrsschilder durch graphisch neu gestaltete wird nicht stattfinden. Die Bundesregierung wird noch in diesem Jahr eine neue Verordnung vorlegen, mit der die unnötige Bürokratie- und Kostenbelastung vor allem der Kommunen vermieden wird.